

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Notizenansicht angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297. Tel.-Büro: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297.

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# China kämpft um Zollfreiheit.

## Der englische Zollinspektor entlassen.

Peking, 1. Februar. (WTB.) Die Regierung hat den Generalinspektor der chinesischen Zölle, den Engländer Sir Francis Uglan, im Verfolg der Meinungsverschiedenheiten über die Erhebung der neuen Zollsätze entlassen. Uglan hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ihm unterstellende Zollorganisation nur die von den Verträgen zugelassenen Abgaben erheben könne. Die Regierung hatte demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Zollsätze auf der Washingtoner Konferenz von den Mächten einstimmig genehmigt wurden und daß Uglan als Beauftragter der chinesischen Regierung deren Anordnungen ausführen müsse.

### Die Zwietracht der Großmächte.

London, 1. Februar. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt: Den Protest, welchen der chinesische Minister des Äußeren Wellington Koo namens der Peking-Regierung gegen die Landung britischer Truppen in Schanghai erhoben hat, sind gleiche Proteste seitens verschiedener chinesischer Behörden, Gesellschaften und Organisationen in Schanghai selbst gefolgt. Diese Proteste haben anscheinend das auswärtige diplomatische Korps in eine ziemlich eigenartige Lage gebracht. Japan ist ganz und gar nicht einverstanden mit der britischen Dentschrift und der britischen Politik im allgemeinen. Die anderen interessierten Mächte nehmen zwar die darin nieder-

gelegten Prinzipien an, sind aber gegenwärtig nicht bereit, der Politik in allen ihren Einzelheiten zuzustimmen.

Eine weitere Verwickelung entsteht durch die Tatsache, daß die Fremdenniederlassung in Schanghai international ist und daß somit alle Mächte in gleicher Weise dafür verantwortlich sind.

„Daily Telegraph“ meldet: Der von einer amerikanischen Nachrichtenagentur verbreitete Bericht, daß das Konsulartorps in Schanghai es abgelehnt habe, die Landung von englischen Truppen in der internationalen Niederlassung zu gestatten, wird von irgendwelcher anderen Seite nicht bestätigt.

### Ein vorläufiger Nachfolger ernannt.

Peking, 1. Februar. (WTB.) Zum vorläufigen Nachfolger des entlassenen Generalinspektors der Zollverwaltung Sir Francis Uglan hat die chinesische Regierung den englischen Staatsangehörigen Edwards ernannt. In einer Bekanntmachung wird ausdrücklich erklärt, daß alle ausländischen Anleihen und Entschädigungsforderungen sowie der Dienst der inneren Anleihe unberührt bleiben.

Der Direktor der Schanghai Zollverwaltung Admiral Tsaitingfan ist zurückgetreten, an seiner Stelle ist der frühere Finanzminister Lowentan ernannt worden.

### Ein Pfaster für Herrn Graef.

Der Reichspräsident hat an Herrn Graef folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Graef!

Die Bildung der neuen Reichsregierung ist nunmehr beendet; die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten sind in erster Linie durch Ihren freien Entschluß, auf der von der deutschnationalen Fraktion Ihnen angetragenen Kandidatur eines Reichsministers zu verzichten, hinweggeräumt worden.

Ich danke Ihnen für diese Sie ehrende sachliche Handlungswiese, die den allgemeinen Interessen den Vorrang vor persönlichen und parteipolitischen Anschauungen gelassen hat. Angesichts der Erörterungen, die sich in einem Teil der Presse und der Öffentlichkeit an die Vorgänge bei der Regierungsbildung geknüpft haben, ist es mir Bedürfnis, Ihnen auch bei dieser Gelegenheit zu versichern, daß die Behauptung, ich hätte Ihre Kandidatur abgelehnt, durchaus unrichtig ist; ich habe in keinerlei Richtung gegen Ihre Person oder Ihre sachliche Eignung Bedenken erhoben und kann nur lebhaft bedauern, daß Sie durch tendenziöse Nachrichten und Gerüchte in dieser Weise persönlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener  
gez. von Hindenburg.

Der eigene freie Entschluß des Herrn Graef war sehr merkwürdiger Natur. Er ist nicht gegangen, sondern geflohen!

### Die Politik der PPS.

#### Für Minderheitenrechte, gegen Aenderung der Westgrenze

In der Erbsen-Debatte des polnischen Sejms sprach für die Polnische Sozialistische Partei (PPS) Abg. Gen. Rzedziakowski; nachdem er die Birtschotts- und allgemeine Politik der Regierung billigt abgelehnt hatte, führte er — nach dem Bericht der „Lodzer Volkszeitung“ — aus:

In der Minderheitenpolitik leben wir absolut keine Aktion der Regierung. Das vergangene Jahr hat unter dem Einfluß des Nationalismus gestanden. In dieser Angelegenheit hat die PPS schon seit langem ein Programm, das die territoriale Autonomie für die nebeneinander wohnenden Minderheiten vorsieht, vorgeschlagen. Für alle zerstreut wohnenden Minderheiten (z. B. die Deutschen, Red. d. B.) verlangt die PPS die Gewährung der vollen Rechte in sprachlicher und kultureller Beziehung sowie die freie Pflege des Volkstums.

In der Außenpolitik ist unser Standpunkt in Sachen der Westgrenze unseres Landes bekannt. Wir lehnen jegliche Absichten auf Aenderung der Westgrenzen ab, doch sehen wir keine Notwendigkeit, ganz Deutschland als einen nationalitätlichen Block zu behandeln. Die Zukunft unserer Außenpolitik liegt in der Festigung unserer Stellung im Völkerrundrat.

Die polnische Sozialdemokratie hat somit aufs neue das Eintreten für volle Gleichberechtigung der Minderheiten bekräftigt, das ihr Neujahrskongreß 1926 beschloß; ihre Erklärung wegen der Westgrenze hat sie anlässlich der Akridorreden des Außenministers Jalewski abgegeben, die wiederum ihren ganz bestimmten Anlaß gehabt haben.

Der Arbeitsminister der Pilsudski-Regierung, Abgeordneter Moraczewski, hat nun sein Mandat niedergelegt, nachdem er schon aus der PPS-Fraktion ausgeschieden war, als diese seinen Eintritt in diese Regierung nicht gutließ. Moraczewski wurde 1907, als er nach österreichischer Eisenbahnbeamter war, in den Wiener Reichsrat gewählt und ist ein treuer Freund Pilsudskis. Sein Mandatsnachfolger im südpolnischen Petroleumparlament ist der Meister Gen. Dkawa.

# Politik und Taktik.

## Eine zeitgemäße Betrachtung.

Von Eduard Bernstein.

Als Johann Most sich von der Partei der deutschen Sozialdemokraten löste, veröffentlichte er gegen sie eine Flugchrift, der er den Titel gab: „Taktik kontra Freiheit“.

Es war ein unter verschiedenen Gesichtspunkten überaus ansehnliches Machwerk, voller Schiefheiten und in hohem Grade ungerecht. Es griff Maßnahmen der Partei an, die Most, bevor er den deutschen Boden verließ, selbst als dort nach Lage der Dinge — die Herrschaft des brutal gehandhabten Ausnahmegesetzes — geboten anerkannt hatte und mitzumachen bereit gewesen war, und forderte eine Aktion, die in London, wo Most nun war, sehr leicht gepredigt werden konnte, in Deutschland aber die ohnehin bedrängte Lage der doch erst mäßig starken Partei nur noch verächtlicht hätte.

Bei alledem enthielt die Schrift indes auch beachtenswerte Ausführungen. Most war ja kein ganz unbedeutender Mensch. Ich habe ihn einmal ein undiszipliniertes Talent genannt, undiszipliniert insofern, daß er seine Meinungen oft sprunghaft wechselte, heute eine Idee verherrlichte, die er gestern verdammt hatte, und umgekehrt. Aber es streckte doch in ihm ein großes Talent, wenn nicht Genie. Er hatte in höherem Grade Ideen als die Mehrzahl seiner Umgebung. Das ließ auch der Titel jener Flugchrift durchblicken. „Taktik kontra Freiheit“ was sollte das heißen? Nun, daß die Partei, die Most angriff, vor lauter Taktik gegen die Grundgedanken der Bewegung verstieß, die er, Most, in der „Freiheit“ hochhielt. Die Anwendung war freilich bei ihm fehlerhaft genug, aber in der Gegenüberstellung steckte ein Gedanke von geschichtlicher Bedeutung, die zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Formen sich immer wieder der ersten Erwägung ausdrängt.

Immer wieder finden sich Menschen geneigt, um naheliegende Erfolge versprechender taktischer Unternehmungen willen Aufgaben von größerer, umfassenderer Bedeutung zu vernachlässigen und damit im Endresultat preiszugeben. So ist es in Kriegen wiederholt geschehen, daß Militärs, die sich nur auf taktische Manöver verstanden, die Pläne von an der Spitze der Armee stehenden weitsehenden Strategen vernachlässigt und ähnliche Widersprüche auch innerhalb der Staaten in den großen politischen Kämpfen der Parteien möglich.

Ich habe, glaube ich, schon früher einmal den Vergleich zwischen militärischer Strategie und großer Politik gezogen. Jedenfalls scheint mir seine Betonung heute durchaus zeitgemäß. Was im Kriege von Land zu Land die Strategie, ist im Kampf der Parteien des einzelnen Landes die Politik im tieferen Begriff dieses Wortes, d. h. die durchdachte, systematische Verfolgung großer Ziele. Sie erfordert, um erfolgreich betrieben zu werden, die genaue Kenntnis und weisshauende Rücksichtnahme auf die politischen Kräfte des Landes, auf die materiellen Machtmittel und seelischen Dispositionen seiner Parteien. Faktoren, die für Parteien in ihrer Jugend, wo es sich für sie nur erst um die Propagierung ihrer Ideen gegen die Welt der anderen handelt, von keiner besonderen Tragweite erscheinen und unter dem Gesichtspunkt des reinen Ideenkampfes auch erscheinen können. Die aber, sobald die Partei eine genügende Stärke erlangt hat, um bei wichtigen Entscheidungen selbst einen ernsthaften Machtfaktor zu bilden, auch von ihr sorgsame Beachtung beanspruchen.

Das vergessen manche Parteigenossen, wenn sie die heutige Behandlung politischer Fragen durch die Partei an der Hand von Vorgängen aus ihrer Jugend kritisieren zu sollen glauben. Was eine kleine Partei tun konnte, ohne gewärtigen zu müssen, daß sie dadurch ungewünschte Wirkungen tiefgreifender Natur herbeiführe, ist einer Partei, die eine gewisse Größe überschritten hat, nicht immer möglich. Unter Umständen kann sie mit dem gleichen Schritt, ohne es zu wollen, eine folgenschwere Verschiebung der ganzen politischen Situation verursachen. Wir haben das in den jüngsten Tagen sich so deutlich abspielen sehen daß ich es mir versagen zu dürfen glaube, auf diese Vorgänge hier noch im einzelnen zurückzukommen.

Ob die Regierungskoalition Zentrum-Deutschnationale zustande gebracht worden wäre, wenn die Sozialdemokratie das Mißtrauensvotum gegen die Regierung der Mitte, das ja jedenfalls damals nicht drängte, nicht oder in einer Form eingebracht hätte, die das, worauf sie in jenem Augenblick abzielte, ausschließlich zum Ausdruck brachte, mag man für außer Frage halten. Es arbeiteten ja sehr einflussreiche Kräfte unablässig darauf hin, sie herbeizuführen. Nicht zu verkennen aber ist, daß es ihr zur gegebenen Zeit den Weg geebnet hat.

Es ist nun außer Frage, daß diese Koalition, je länger sie andauert, auf die Entwicklung der Republik um so übler zurückzuwirken wird. Wir brauchen keine Schwarzmalerei zu treiben, auch die Möglichkeiten der Deutschnationalen sind begrenzt. Aber grundsätzlich wäre es, sich über den Ernst der Situation hinwegzusetzen. Wir haben in dieser Partei mit Gegnern zu tun, die zwar nichts weniger als Gefühlsriesen, aber erfahrene Praktiker auf dem Gebiete der politischen Künste sind — jener Künste, die von jeher die Spezialität der Oberflächlichen der Gesellschaft waren und das Geheimnis der weiland bewunderten höfischen Diplomatie

### Endlich beisammen!

#### Erste Sitzung der kompletten Bürgerblock-Regierung.

Heute nachmittag tritt die neue Reichsregierung zusammen, um die Regierungserklärung zu besprechen, die am Donnerstag vor dem Reichstag abgegeben werden soll.

Heute vormittag waren verschiedene ab- und antretende Minister beim Reichspräsidenten.

### Rahenjammer und Verwirrung.

#### Deutschnationale Stimmung: flau.

Graef's Schicksal hat sich lang- und klanglos erfüllt. Wer meint noch um Graef? Nicht einmal die „Deutsche Zeitung“. Der einzige Wunsch der Deutschnationalen scheint zu sein, Gras über dieses politische Begräbnis wachsen zu lassen. Kurz und flau schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Damit ist nun die letzte Epoche dieser Regierungskrise abgeschlossen: wir möchten dringend wünschen, daß sie auch der letzte derartige Vorgang innerhalb der neuen Koalition bleibe; auch nur etwas Ähnliches darf sich nicht wiederholen; wenn diese Koalition Bestand haben soll.“

Lehnlich der Hugenbergsche „Tag“:

„Es wird immerhin einiger Zeit und einiger Beweise des Willens zur Zusammenarbeit von den Koalitionspartnern, deren Mitglieder an diesem letzten Störungsvorgang beteiligt sind, bedürfen, um den sehr unangenehmen Eindruck dieses Zwischenfalles auf die deutschnationalen Fraktionen wieder auszugleichen.“

Die neue Ehe geht gut los! Den inneren Knoch haben die Deutschnationalen obendrein. Da ist zunächst der Fall Lindener-Wildau — „Pommersche Tagespost“.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat Stellung für Lindener gegen die „Tagespost“ in folgender Erklärung genommen:

„In der „Pommerschen Tagespost“ Nr. 25 vom 30. Januar wird Herr v. Lindener der folgende Vorwurf gemacht: „Wer an diesem Röntgenbild die Schuld trägt, wird sich bald herausstellen; Herr v. Lindener dürfte jedenfalls nicht sehr weit von diesem Röntgen zu suchen sein.“ Der Vorstand und die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist einmütig der Überzeugung, daß dieser Vorwurf sachlich unberechtigt ist, mißbilligt die Veröffentlichung dieser Verdächtigung und weist sie mit Entschiedenheit zurück.“

Die „Pommersche Tagespost“ jedoch sieht mit Gelassenheit entgegen. Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Auslassung:

„Die Schriftleitung der „Pommerschen Tagespost“ teilt hierzu mit, daß sie dem angeordneten Schritt des Herrn v. Lindener-Wildau mit Gelassenheit entgegenstehe. Sie wundere sich nur über die herausfordernde Schärfe der Lindenerschen Erklärung. Die Sache dürfte vermissen lassen, das zulässige Maß der Abwehr um ein bedeutendes überschreite und keinesfalls durch den beanstandeten Kommentar der „Pommerschen Tagespost“ begründet werde.“

Das wird ein Prozeß werden! Die Hintergründe der deutschnationalen Fraktion vor Gericht!

Am 2. Februar aber wird der engere Vorstand der Deutschkonservativen Partei in Berlin zusammentreten. Er bereitet einen Aufruf vor, der als Protest gegen die Unterzeichnung der Richtlinien durch die Deutschnationalen das Gelöbnis der Treue zu Kaiser und Reich, also zur Monarchie besonders hervorheben soll.

Das wird ein guter Auftakt zur Programmklärung des Bürgerblocks.

bildeten, Feinde, die zugleich Meister sind der rücksichten-  
losung und im gegebenen Zeitpunkt vor keinem Gewaltakt  
zurückzucken. Sie werden freilich nicht von vornherein sich  
in diesem Licht zeigen, sondern sich Zeit lassen. Aber sie  
werden ihr Ziel unerrückt im Auge behalten und systematisch  
auf seine Verwirklichung hinarbeiten. Wenn ihre Presse  
schmutzig genug ist, gegnerischen Parteien den Schimpf anzu-  
dichten, es komme ihnen bei der Besetzung von Ministerposten  
auf Ertragung von Krippen an, so verbietet uns nicht nur das  
Gefühl der Sauberkeit, ihnen auf diesem Wege zu folgen,  
sondern vor allem die Pflicht der Wahrheit gegen  
uns selbst, das Gebot der unermüdbaren Aufklärung der  
Massen, um was es sich in entscheidender Linie handelt. Und  
für die Deutschnationalen handelt es sich nicht speziell um die  
Anzahl Posten für geschickte Macher und schmeidige Streber,  
welche die Minister vergeben können, sondern um die poli-  
tische Macht, die vermittels dieser gesichert werden soll.

Die politische Macht zu erstreben, um ihre politischen Ziele  
zu verwirklichen, ist aber für keine Partei ein Vorwurf, auch  
wenn diese Ziele selbst so hochgradig bekämpfenswert sind, wie  
die der Deutschnationalen. Darüber erheben wir uns nicht.  
Auch übertreiben wir uns nicht die Machtposition, die sie  
erreicht haben. Sie ist ein Stück Macht, aber noch nicht die  
Macht. Aus dem Stück kann jedoch das Ganze werden, wenn  
die Sozialdemokratie die politische Aufgabe verkennt, die ihr  
die neue Gestaltung der Dinge vorschreibt.

Welches ist diese Gestaltung? Die Todfeinde der Repu-  
blik sind in dieser Teilhaber der Macht geworden, und die  
Sozialdemokratie, die grundsätzlichsste Partei der Republik, ist  
in der Opposition. Nun gibt es nicht wenige Sozialdemo-  
kraten, die froh sind, in der Opposition zu sein, und es ist  
zuzugeben, daß die Oppositionsstellung der Stimmung der  
Proletariat, die unter den heutigen Verhältnissen am meisten  
leiden, am ehesten entspricht. Aber haben wir die Aussicht,  
in der Opposition irgendetwas Nennenswertes für diese Prole-  
tariat durchzuführen? Die Erfahrung sagt uns, daß das  
Gegenteil der Fall ist. Einige Brocken wird man dem Prole-  
tariat wahrscheinlich hinwerfen, um es heuere einzusuffeln, je  
sicherer die Deutschnationalen und ihre Eintreiber, die Volks-  
partei, sich politisch fühlen. Alles, was seit Ende  
des Weltkrieges für die Arbeiter geschaffen  
worden ist, ist in der Periode geschaffen  
worden, wo die Sozialdemokratie an der  
Regierung war oder maßgebenden Einfluß auf sie hatte,  
und es ist in dem Maße abgebaut oder durch das Leben ver-  
teuernde Fülle und Auflagen verkürzt worden als Koalitionen  
von Grundbesitzern und Kapitalisten erneut oben auf kamen.  
Das kann auch naturgemäß nicht wesentlich anders sein.  
Parteien von Klassen, deren Lebensinteresse der kapitalistische  
Profit und die Rente des Grundbesitzes ist, werden den  
Arbeitern immer nur ausnahmsweise Zugeständnisse machen  
und sie hinterher doppelt belasten. Diese Erkenntnis hat stets  
von neuem die Richtlinien der Politik der Sozialdemokratie  
bestimmt und darf sie allein bestimmen. Keine Politik der  
bloßen Stimmung darf sie davon abbringen, keine von bloßer  
Stimmung diktierte Taktik die große Linie ihrer Politik durch-  
kreuzen. Für diese aber gilt der alte Grundsatz aller Stra-  
tegie: den Feind nach Möglichkeit isolieren!

## D. Doehring's Rücktritt.

### Offener Brief an das Präsidium des Evangelischen Bundes

D. Doehring, gestern noch Präsident des Evangelischen  
Bundes und Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, veröffentlicht  
jetzt im „Reichsboten“, dem Blatt der unentwegten Pastoren, einen  
offenen Brief an das Präsidium des „Evangelischen Bundes“, in  
dem er die inneren Gründe für seinen Verzicht auf die Bundes-  
leitung auseinandersetzt und einen zweiten Brief über den äußeren  
Einfluß des Ausschusses ankündigt. Doehring ist nicht im Frieden  
von der Bundesleitung geschieden. Er war genötigt, das Präsidium  
niederzulegen, weil er im Gegensatz zur Bundesleitung

stand. Die Bundesleitung empfand die nationalistischen und kultur-  
politischen Scharfmachertendenzen Doehring's schon seit längerer Zeit  
als unerträglich. Es kam auf den Vorstandssitzungen zu lang-  
wierigen und, wie es scheint, zum Teil heftigen Ausein-  
andersetzungen, die dann zum Ausscheiden des Präsidenten  
führten.

Doehring's Ziel war es, den Evangelischen Bund zum Träger  
einer aktiven deutsch-evangelischen Bewegung zu machen. Die poli-  
tische, antikatholische, schwarzweiße Richtung  
sollte allein den Ton angeben. Kampf gegen Rom, „Generalangriff  
des evangelischen Lebensbewußtseins auf alles Un-evangelische“ war  
seine Losung. Diese einseitige Festlegung und fanatische Aktivität  
pahlte dem Zentralvorstand nicht. Er wünschte eine ge-  
mäßigte Haltung, die allen Stimmungen innerhalb der  
evangelischen Kirche gerecht wurde. Man verlor deshalb, wie  
Doehring es ausdrückt, dem Präsidenten einen Rauswurf vorzulegen.  
Als er den Evangelischen Bund in der Reichspräsidenten-  
und Fürstentagsfrage einseitig nach der schwarz-  
weißen Seite hin festlegte und damit den Bund in die Tages-  
politik hineinzerrte, gab es die ersten größeren Konflikte. Seither  
scheint sich das Verhältnis zwischen dem Bundesvorstand und seinem  
Präsidenten immer mehr verschlechtert zu haben, so daß die Trennung  
nicht mehr zu vermeiden war.

Es ist bezeichnend, daß der Vorstand des Evangelischen Bundes  
erst in dem Augenblick den Mut zu einer reinlichen Scheidung gefun-  
den hat, in dem die deutschnationale Reichstags-  
fraktion die politischen Programmpunkte des Zen-  
trums gestrichelt hat. Ob es nicht auch in dieser Frage zwischen  
Doehring und dem Bundesvorstand zu Auseinandersetzungen ge-  
kommen ist, steht vorläufig dahin. Darüber wird vielleicht der zweite  
offene Brief Doehring's Aufschluß geben.

## Zentrum und Bayerische Volkspartei.

### Einigung im Zeichen des Bürgerblocks? — Eine Kund- gebung in München. — Für Auslöschung des Reichs.

München, 1. Februar. (All.) Die Bayerische Volkspartei ver-  
anstaltete am Montagabend eine Kundgebung, der u. a. die Minister  
Stübel, Dr. Krausnick, Dr. Goldenberg und Oswald, die früheren  
Minister Seiblein und Schwegler, Oberbürgermeister Scharnagel und  
zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete beiwohnten. Abge-  
ordneter Prälat Wohlgenuth bemerkte einleitend, die  
Bayerische Volkspartei werde weder sich noch ihrem Minister-  
präsidenten das Recht abprechen lassen, in Fragen der  
Außenpolitik mitzureden. Bezüglich der Regierungsbil-  
dung und ihrer Bedeutung für Bayern bemerkte der Redner,  
es sei ein erfreulicher Fortschritt, daß heute eine Zurücksetzung staats-  
treuer Elemente nicht mehr möglich sei. Der Unitarismus verur-  
einige die Länder, anstatt sie einander näher zu bringen. Deutschland  
werde solange nicht einig werden, solange nicht das Reich seine  
störende Hand von den einzelnen Ländern zurückziehe. Es sei er-  
freulich, daß die Deutschnationalen endlich zur Einsicht ge-  
kommen wären. Sie hätten erfahren müssen, daß es leicht sei, aus  
einer Regierung auszutreten, hingegen außerordentlich schwer, wieder  
hereinzukommen.

Die Deutschnationale Partei müsse einen Konoff-Gang antreten.  
Andererseits sei ihr zu gratulieren, daß sie den Mut dazu auf-  
gebracht habe.

Die Lösung im Reich habe vielleicht auch für Bayern Gutes  
gebracht. Die Deutschnationalen würden es jetzt der Bayerischen  
Volkspartei überlassen müssen, ihre Beziehungen zum  
Zentrum nach ihrem Willen zu gestalten. Die republi-  
kanische Einstellung des Zentrums könne in Zukunft kein Hinder-  
nis für die Änderung der beiden Parteien bilden, da ja auch die  
Deutschnationalen keinen Anstoß an der republikanischen Einstellung  
des Zentrums genommen hätten, wie die Regierungsbildung bewiesen  
habe. Wenn einst die Zeit gekommen sein werde, in der die Frage  
der Staatsform eine Rolle spielen könne, so müsse das  
Zentrum wachsam bleiben. Der Redner behandelte dann  
den Finanzausgleich und forderte, daß dem provisorischen

bad ein endgültiger folge. Dieser endgültige könne nichts anderes  
sein, als eine Aufgabe des Ausgleiches überhaupt. Sicher sei, daß  
das Reich auf den Finanzausgleich verzichten könne, ohne das ge-  
ringste einzubüßen.

## Die Frage der Staatsverfassung bezeichnet der Redner als ein Problem der Zukunft.

Die Republik brauche mehr Autorität als die Monarchie. In Bayern  
sei Gott sei Dank die volle Autorität wiederhergestellt und damit  
ein Schritt über den Berg getan. Nunmehr müsse auch Wohl-  
fahrtspolitik betrieben werden, und es werde der bayerischen  
Regierung sicher rasch gelingen, auch dieses Problem zu lösen.

## Bürgerblock — ein Hindenburg-Erzeugnis.

### Paris über die Kapitulation der Deutschnationalen.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß  
von den Deutschnationalen die Kandidatur von v. Reubells vor-  
geschlagen wurde, wird hier als eine glatte Kapitulation dieser  
Partei vor Hindenburg angesehen, wenn sie auch durch die  
gleichzeitige Einbehaltung des völkischen Kandidaten Graef ver-  
schleierte worden ist. Die ganze Kabinettsbildung überhaupt wird als  
ein reines Produkt Hindenburgs angesehen, von dessen  
plötzlicher politischer Aktivität man hier einigermaßen überrascht  
worden ist.

Aber speziell die Linksblättern sind hier weit entfernt, das Ein-  
greifen Hindenburgs in die Kabinettsbildung auf das Bedürfnis des  
Reichspräsidenten, den republikanischen Gedanken in Deutschland zu  
stärken, zurückzuführen. Im Gegenteil, der „Quotidien“ ist über-  
zeugt, daß Hindenburg, durch Leute beraten, die auf die Ver-  
änderungen der öffentlichen Meinung Rücksicht zu nehmen gewohnt sind,  
ganz einfach versuchte, den durchaus reaktionären Cha-  
rakter des Kabinetts Ratz zu verschleiern. Wenn man  
bedenkt, daß neben dem Zentrum die Volkspartei eine tiefe Erbitter-  
ung mit sich herumtrage, so könne man feststellen, daß die Anhänger  
Hindenburgs weder Ruhe noch Klarheit in die deutsche Politik ge-  
bracht hätten.

Die Bahnen in Thüringen werden als ein großer Erfolg  
der Linksparteien hier kommentiert. Das Resultat ist außerordent-  
lich glücklich, schreibt der „Populaire“.

## Französischer Hochschulkolltarif.

### Die Schutzollmauern wachsen.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die seit langem  
angekündigte Revision des französischen Kolltarifs  
geht ihrer Vollendung entgegen. Der Entwurf ist im Handels-  
ministerium seit über zwei Jahren in Bearbeitung und soll spätestens  
am 15. Februar der Kammer vorgelegt werden. Die Diskussion dar-  
über will man so beschleunigen, daß der neue Kolltarif bereits für die  
bevorstehenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen  
als Unterlage dienen kann.

Der Entwurf ist keine Novelle zu dem bisherigen Kolltarif, son-  
dern stellt das ganze französische Kollsystem auf ein völlig neue  
Grundlage. Seine Tendenz ist ausgesprochen protektionistisch,  
und zeigt unverkennbar eine Förderung der während und nach dem  
Kriege neu entstandenen französischen Industrien sowie der durch den  
Erwerb Elsaß-Lothringens hinzugekommenen Industriebetriebe, um  
deren Produktion durch ausgesprochene Schutzoll zu  
schützen und zu fördern. Das gilt besonders für die Metall-, chemische,  
optische und Maschinenindustrie. Die neuen Schutzoll zeigen das  
einfache Bestreben, die Eigenproduktion aller für die Kriegs-  
führung notwendigen Produkte zu fördern. Entgegen den  
Wünschen der Industrie, die für die Einführung von Goldzöllen ein-  
getreten war, hält der neue Kolltarif an der Papierwährung  
fest, sieht aber von Vierteljahr zu Vierteljahr eine Revision der Zoll-  
sätze vor, in Uebereinstimmung mit dem Bretoniveau und mit der  
Einschränkung, daß eine Veränderung der derzeitigen Zollsätze nur  
eintreten dürfe, wenn der Großhandelsindex gegenüber den anderen  
Erzeugnissen sich verändert haben sollte. Die Zahl der Positionen ist  
gegenüber dem früheren Tarif von 654 auf 1750 erhöht.

## Eine Bühnenballade.

Das köstliche Renaissance-Theater wartet mit einer  
präzisen Vorstellung für künstlerische Feinschmecker auf, der „Ge-  
schichte vom Soldaten“ mit der Musik Strawinskys, der  
(schon mehrfach aufgeführten) kindlich schweremühtigen Bühnenballade,  
zu der der Dichter C. F. Ramuz den komponisten angeregt hat.  
Es ist ein rührend einfaches Märchen, diese Geschichte vom Soldaten,  
mit bewußt primitiven Mitteln auf die Bühne gestellt. Links sitzt auf  
einem hohen Postament der Vorleser, der die elegische Geschichte erzäh-  
let. „Zwischen Thur und Wallerstadt wandert einsam der Soldat.  
Urlaub hat er vierzehn Tag.“ Auf seiner Wanderung hat der Soldat  
manches Abenteuer zu bestehen. Es läßt ihn der Teufel ein und  
raubt ihm ein paar kostbare Jahre des Lebens. Nach mancherlei  
bitteren Schicksalen erweckt er das Königsbühnenlein aus lethargischem  
Traumzustand mit seiner Fiedel, verliert sie aber zum Schluß ebenso  
wie all die anderen Güter des Herzens und der Seele. Nur einzelne  
von den Episoden werden von den handelnden Personen dargestellt,  
indem die Erzählung des Vorlesers in die dargestellte Handlung über-  
geht. Das wesentliche an diesem Märchen ist Strawinskys Ton-  
dichtung, eine eigenartige, nicht leicht zu verstehende Musik mit  
vielen Dissonanzen von Bizarrerie, rosendem Rhythmus und ein-  
dringlicher Gewalt. Auch hier fällt die bewußte Einfachheit der an-  
gewandten Mittel auf. Aus nur sechs Instrumenten von eigen-  
tümlicher Zusammenfassung besteht das Orchester. Und doch ist wunder-  
bar, welche Klangfülle einige Plecken besitzen, wie etwa die „Marche  
Rosal“ und der „Grand Choral“. In den bisher geübten Inzich-  
nungen sah man das Orchester offen auf der Bühne. Das Renaissance-  
Theater verdeckt die Musiker durch ein paar Wandschirme, hinter  
denen zuweilen die musizierende Hand hervorleuchtet.

In Alfred Weierle findet die Ballade einen düster eindring-  
lichen Vorleser mit lebendiger Gestaltungs kraft, in Fritz Kampers  
einen rührend kindlichen, das Glück suchenden Soldaten. Wladimir  
Solokoff spielte den Teufel mit all der Bizarrerie und un-  
heimlichen Lustigkeit, die diesen Künstler erlebnishaft wirken lassen.  
Die zu neuem freudigen Leben erweckte Prinzessin gestaltete  
Bakista Werth mit den reinen Mitteln ihrer größten Tanz-  
kunst. Wie sie plötzlich ihre Krone schief rückt und dadurch das Er-  
wachen zur Lustigkeit darstellt, ist ein kleines Kabinettsstück.

Als der Vorhang gefallen war, blieb es zunächst eine Weile still;  
offenbar wußten die Zuschauer nicht, ob das Spiel zu Ende war oder  
weitergehen sollte. Aber dann setzte lautes, eindringliches Klatschen  
ein. Der einfache Witz eines, der sich anheimelnd nicht darüber klar  
wird, wohn in diesen Theaterabend zu registrieren hatte (Opern-  
Tanz, Schauspiel?) verhalte welenlos, wotaus der Welfall offen-  
tatter Klang annahm. Der Regisseur Hans Strohbach ver-  
neigt sich Hand in Hand mit dem Musikdirektoren Oskar Fried  
und den zugehörigen getretenen Schauspielern.

Ernst Degener.

Die Schule für Körperbildung, Landbau und Handwerk Loheland in der  
Rhein am 7. und am 9. Februar, abends 8 Uhr, zwei Gymnasien,  
abends 7 Uhr, an denen die Bewegungsbildung, Lehrmethode von Kohnen,  
Pantagor durch Vortrag und Vorführung gezeigt wird. Kartenverkauf  
bei Berthelm, Bode & Bode und in allen Loheland-Unterrichtsstätten Berlins.

Die Berliner Ortsgruppe des Schutzverbandes deutscher Schrift-  
steller hat in ihrer Hauptversammlung vom 28. Januar zu dem Gele-  
genheit der den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten  
Stellung genommen. Der Schutzverband erblickt in dem Gesetz eine  
außerordentlich schwere Gefährdung des geistigen und künstlerischen  
Lebens in Deutschland. Er erklärt sich daher auf das entschiedenste  
gegen die Annahme dieses Gesetzes. Sollte die Vorlage wider  
Erwartung eine Mehrheit finden, so fordert der Schutzverband zum  
mindesten die Einfügung eines Paragraphen, durch den festgelegt  
wird, daß das Gesetz auf Theateraufführungen, Vorträgen und alle  
sonstigen Darbietungen literarischer, künstlerischer, wissenschaftlicher,  
weltanschaulicher Art nicht angewandt werden darf. Ferner daß eine  
dem preußischen Verwaltungsvollzugsverfahren oder dem § 32 der Ge-  
werbeordnung gleichwertige Berufungsinanz vorgezogen wird.

Um den Generaldirektor der preussischen Kunstsammlungen.  
Dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung  
ist, wie wir hören, eine Eingabe der Abteilungsdirektoren der staat-  
lichen Museen in Berlin zugegangen. Die Eingabe, die von allen  
zurzeit in Berlin befindlichen Direktoren unterzeichnet ist (zwei der  
Abteilungsdirektoren sind zurzeit zu Studienzwecken im Auslande),  
spricht sich für die Beibehaltung des Postens eines Generaldirektors  
aus. Die Aufhebung dieses Postens, wie sie in dem bekannten Auf-  
satze des Prof. Dr. Oskar Wulff vorgebracht worden ist, wird von  
den Museumsdirektoren nicht für zweckdienlich gehalten.

Die neue Farbe des Brandenburger Lores. Für die Instand-  
setzungsarbeiten am Brandenburger Lort sind Versuche über den  
künftigen Farbansatz des Baumwerkes im Gange. Der Chemiker  
der Berliner Museen, Prof. Dr. Friedrich Rathgen, ist im Auftrage  
der Bau- und Finanzdirektion mit Untersuchungen über diese Frage  
beauftragt worden. Bislang war der Sandstein des Langhansischen  
Bauwerks durch einen Desfordenanstrich verdeckt. Diese Farbe hat sich  
nicht bewährt, und es handelt sich darum, die ganze Desforde zu be-  
seitigen, ohne daß der Sandstein selbst leidet. Eine ganz befriedi-  
gende Lösung ist noch nicht gefunden.

Die Graphik E. C. Ritters. In sehr reicher Ausstattung, ein  
starkes Buch von 350 Seiten mit 136 zum Teil farbigen Abbildun-  
gen, ist im Euphorion-Verlag, Berlin, der erste Band des Katalogs  
der kirchlichen Graphik von Gustav Schieller erschienen.  
Kirchner hat selber die Ausstattung besorgt, der Einband in dreifarbi-  
gem Holzschmuck auf Leinen kommt von seiner Hand. Daß das Werk  
trotzdem nicht die buchhändlerische Höhe des Deure-Katalogs von  
Kohle erreicht, den Schieller ebenfalls in gemeinsamer Arbeit mit  
den Künstlern geschaffen hatte, liegt neben der durch das Papier be-  
dingten Schwerfälligkeit der Erscheinung vor allem an dem starken  
Umfang des Bundes, der die 805 Nummern bis 1916 enthält. Auch  
gehen Druck und Illustration nicht so glücklich zusammen wie beim  
Kohle-Katalog (welcher demnachst im gleichen Verlag seine zweite  
Ausgabe erleben soll). Dieses Buch war notwendig, und Schieller  
hat sich damit ein starkes Verdienst um die deutsche Kunst erworben.  
Wenn man weiß, was für eine schriftstellerische Entfaltung und welche  
Geduld dazu gehört, um ein solches Werk von lauter trockenen An-  
gaben und Beschreibungen herzustellen, so wird man dem Werke  
höchste Anerkennung zollen müssen. Nur in der Einleitung konnte er  
eine stüchtige Andeutung seiner tiefdringenden Kenntnis vom Wesen

kirchlicher Graphik geben. Er tat es auch hier mit einer Juris-  
tischen, einer Objektivität, die bewundernswert ist, bedenklich man  
seine unbegrenzte Liebe zu dieser Kunst. Ihre Dithyramben hat sie  
freilich schon längst gefunden und wahrlich auch verdient. Es gibt  
in der deutschen Kunst der letzten Jahrzehnte außer der Graphik  
Nobles und dem Zeichnungswert Rubins nichts, was diesem Reichtum  
an Mitteln und erschütternder Gestaltungskraft auf graphischem Ge-  
biete gleichzusetzen wäre. Wie bei Ritsch, dem Kirchner darin ver-  
gleichbar ist, wird seine Graphik späteren Geschlechtern als der be-  
deutendste Teil seines Wertes erscheinen und gleich jener als eine  
Erfindung von unerhörter Gewalt, deren Intenität und symbolische  
Bedeutung für unsere Epoche über das weitaus meiste hinausgeht,  
was derzeit gemalt worden ist.

Dr. P. F. S.

Mascagni über die italienische Oper. Ueber den Niedergang  
der italienischen Oper und die Mittel, um die Opernkunst wieder  
zu beleben, spricht sich Mascagni im „Giornale d'Italia“ aus. „Das  
Theater“, so sagt er zu einem Berichterstatter dieses Blattes, „muß  
den geschäftlichen Interessen der Direktoren entgegen werden; was  
die Komponisten angeht, so ist es notwendig, daß ihre Werke, die  
der Allgemeinheit angehören, nicht der Gnade irgendwelcher Ver-  
leger ausgeliefert sind. Das Theater muß als eine wahrhaftige  
Schule der geistigen Erziehung betrachtet werden. Der Staat kann  
sich der Aufgabe, die ihm hier erwächst, nicht entziehen. Es ist falsch,  
daß Italien keine Sänger und Komponisten mehr besitzt; im argen  
liegt aber die künstlerische Ausbildung; man muß die Konservato-  
rien reformieren und den Sängern die Möglichkeit eines guten  
Studiums gewähren.“ Mascagni glaubt, daß man neue Schöpfungen  
nicht nur dem Urteil eines einzigen Publikums unterwerfen  
dürfte, wie dies in Italien jetzt der Fall ist, sondern daß neue  
Opern in mehreren Städten aufgeführt werden müßten. Er er-  
innert an das Fiasko des „Lombardo“ bei der ersten Pariser Auf-  
führung, an den geringen Erfolg von Puccinis „Bodeme“ bei der  
Uraufführung in Turin und an die herbe Kritik, die eine seiner  
eigenen Werke, „Trio“, das später große Erfolge hatte, zunächst  
erlebte. Mascagni ist daher der Ansicht, daß Mussolini eine Staats-  
oper ins Leben rufen sollte, die von dem ungünstigen Einfluß der  
Geschäftstheater befreit sei; er meint, daß diese Staatsoper nicht nur  
den musikalischen Ruf Italiens vermehren, sondern auch recht gute  
Einnahmen erzielen würde.

Herr Robert Savdel teilt uns mit Bezug auf die Rats-  
„25 Jahre Bühnenverlag“ (Nr. 26) mit, daß er weder mit  
Heinz Wolfradt noch mit irgend jemandem jemals einen Verlag  
gegründet hat und auch niemals an einem Verlag beteiligt gewesen ist.

Die Stuttgarter Werkbund-Ausstellung wird Mitte Juli eröffnet werden.  
Die Leitung der Ausstellung, die den Titel „Die Wohnung“ trägt,  
hat in den letzten Tagen in Berlin in Verhandlungen mit den Behörden  
und den Wirtschaftsverbänden sämtliche Ergebnisse erzielt. Auch im Wob-  
lande ist das Interesse für die Veranstaltung, an der sich auch mehrere be-  
deutende ausländische Baukünstler führend beteiligen, groß.

Wolff Wabs gestorben. Im Alter von 71 Jahren starb am Montag  
in Leipzig infolge eines Herzleidens der Schauspieler, Regisseur und  
Schriftsteller Wolff Wabs. Gebürtiger Wiener wirkte er seit 1898 am  
alten Theater als erster Schauspieler und Darsteller im Fach der „Feld-  
bater“. Als Gründer und erste Leiter der hildischen Theaterkassen hat  
er sich um die junge Schauspielergeneration große Verdienste erworben.

In Offenbach (Main) ist der Genosse Julius Bruhns am letzten Sonnabend plötzlich verstorben. Der Tod erlöste ihn von einem langen und schweren Leiden, dem er seit dem Kriegsende mehr und mehr verfallen war. Genosse Bruhns, der aus ärmlichsten Verhältnissen als Zigarrenarbeiter in die Arbeiterbewegung kam, hat sich aus eigener Kraft zu einem der kenntnisreichsten Vorkämpfer der sozialistischen Bewegung entwickelt. Während des Sozialistengesetzes aus dem Hamburger „Belagerungsgebiet“ ausgewiesen, fand er in Bremen eine neue Wirkungsstätte. Dort wurde er als 28jähriger in die Redaktion des Bremer Parteiblattes berufen und bei den letzten Wahlen unter dem Sozialistengesetz 1890 in den Reichstag entsandt. Von 1894 bis 1903 leitete er die „Breslauer Volkswacht“. Dann ging er als Vertreter der Partei nach Oberschlesien, um auf dem schwierigen, national umstrittenen Boden ersprießliche Arbeit für die Verständigung zwischen den deutsch- und den polnischsprechenden Genossen zu leisten. Seit 1908 war er leitender Redakteur des „Offenbacher Abendblattes“, bis die zunehmende Krankheit — Zitterlähmung — an der weiteren Tätigkeit hinderte. Die letzten Jahre lebte er im Ruhestand, geistig noch an allem interessiert, was in der Welt der Arbeit vorging, aber körperlich völlig verfallen. Der Tod kam ihm trotz allem unerwartet. In den schwersten Zeiten für die Partei hat Julius Bruhns auf vielen Gebieten Pionierarbeit geleistet. Sein besonderes Arbeitsfeld war die Kommunalpolitik, auf dem er auch schriftstellerisch rege tätig war. Als einer der ersten sozialdemokratischen Stadterordneten von Breslau und später als Führer der Stadterordnetenfraktion von Offenbach verband er tiefe Sachkenntnis mit großem parlamentarisch-taktischen Geschick. Seine lebenswichtigen Umgangformen sicherten ihm einen großen Kreis von persönlichen Freunden. Die sein Andenken gern und lange bewahren werden. Sein letztes Werk, das unter dem Titel: „Es klingelt im Sturm ein altes Lied“ im Parteiverlag von J. H. W. Dietz erschienen ist, bringt eine lebensvolle Darstellung aus dem Werden der großen Arbeiterpartei, der Julius Bruhns bis zu seinem Ableben mit ganzer Seele diente.

Heute endlich Schluss.

Veratung der Votschasterkonferenz.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationalisierte Militärkomitee ist gestern abend, trotzdem es von 5 bis 8 1/2 Uhr lagte, nicht zu einer Entscheidung in der Frage der Offsetungen gelangt; speziell die Befestigungen südlich von Königsberg hatten immer noch der Lösung. Eine neue Sitzung ist für heute morgen 9 Uhr einberufen, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach eine endgültige Einigung zustandebringen wird. Diese Einigung wird dann um 11 Uhr in der Sitzung der Votschasterkonferenz offiziell ratifiziert werden. Falls es wider Erwarten nicht zur Einigung kommen sollte, so wird die ganze Kommentierung der Fragen der Offsetungen dem Völkerbunde überwiesen und die Votschasterkonferenz wird dann nur das in Berlin zustandegekommenen Abkommen über das Rüstungsmaterial ratifizieren.

Brandstifter in Potsdamer Gerichten.

Keine Spur der Täter.

Am Montag mittag haben Brandstifter auf den Amtsgerichten in Potsdam ihr Unwesen getrieben. Im Gerichtsgebäude in der Kaiser-Wilhelm-Straße war ein Brand ausgebrochen, und die Feuerwehr löschte ihn nach kurzer Zeit. Als aber die Wehr abdrücken wollte, schlugen aus der Bodenlücke des Amtsgerichts Flammen heraus. An beiden Stellen konnten Brandstiftungen festgestellt werden. Die Brandnester waren aus Holzwolke hergestellt. Kaum war die Wehr im Depot angelangt, als vom Amtsgericht in der Lindenstraße der Feueralarm ruf erschallte. Hier fand man ein Brandnest unter dem Tisch des Anwalts. Gardinen und anderes mehr stand in hellen Flammen. Auch hier lag Brandstiftung vor. Das Feuer konnte bald gelöscht werden. Heute ist in das Amtsgerichtsgebäude Polizeiaussicht eingezogen. Sämtliche Kriminalstudien werden von Schupo-Beamten empfangen, die ihre Personalien feststellen werden. Bisher sind die Täter noch nicht ermittelt. Sozial steht aber fest, daß die Brandstifter zu ein und derselben Zeit auf den Gerichten den Brandherd angelegt haben.

Gegen Mittag traf die Untersuchungsbehörde an den Brandherden auf den Potsdamer Amtsgerichten ein. Gegen 12 Uhr wurde die Sitzung auf dem Amtsgericht unterbrochen, und es erklärten der Landgerichtspräsident Wimmer, der Oberstaatsanwalt Pfaffe, der Erste Staatsanwalt Gerlach und der Amtsgerichtsdirektor Hedel. Mehrere Kriminalbeamte nahmen an dem Termin teil. Vorher hatte eine Besichtigung der Brandherde in der Kaiser-Wilhelm-Straße auf dem Amtsgericht stattgefunden. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

Die Zusammenfassung des Verkehrswesens.

Im Haushaltsausschuß der Stadterordnetenversammlung wurde heute die Vorberatung der Magistratsvorlage über die Verkehrsvereinigung fortgesetzt. Kurz vor Schluß der Redaktion erfahren wir, daß die grundsätzliche Zustimmung zur Zusammenfassung der Verkehrsunternehmen und ihrer Aufsichtsräte erteilt wurde. Ingeheim wurde einem Antrag der Sozialdemokraten, daß die 90 Millionen Anleihe als städtische Anleihe aufgenommen werden soll. Einstimmig wurde ferner ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen: Die Stadterordnetenversammlung erwartet, daß auch in Zukunft geplante Tarifänderungen vor ihrer Einführung ihr zur Kenntnis gegeben werden. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Sozialdemokraten, daß an dem Gemeinschaftsausschuß, der für das zusammengefaßte Verkehrswesen gebildet werden soll, die Betriebsräte angemessen beteiligt werden. Ein Antrag der Deutschnationalen, die vom Magistrat zur Kenntnisnahme vorgelegte Mitteilung über die Tarifänderung nicht zu billigen, fand eine Mehrheit.

Drei Feuerwehrleute beim Zusammenstoß verletzt.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 5 und einem Feuerwehrmotorfahrzeug der Wache Schillerpark kam es heute vormittag gegen 11 Uhr an der Ecke Schul- und Magstraße im Norden Berlins. Trotz der Warnungssignale des Feuerwehrfahrzeuges, das auf einen Feueralarm ausgerichtet war, verlor die Straßenbahnführer, der das Signal vermutlich überhörte, die Straßenkreuzung noch zu überfahren. Auf dem schließlichen Alpbahnt konnte der Fahrer der Feuerwehr kein Gefährt nicht rechtzeitig zum Halten bringen, und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß. Drei Feuerwehrleute wurden auf das Straßenbahnfahrzeug geschleudert. Während zwei von ihnen mit leichten Verletzungen davonkamen, zog sich der Feuerwehrmann Großmann erhebliche Wunden zu. Das Feuerwehrfahrzeug wurde so stark beschä-

Die Verhaftungen im Falle Rosen.

Gedungene Mörder.

Von der Breslauer Kriminalpolizei wurde, wie mitgeteilt, der 27jährige Handlungsgehilfe Willi Jahn und der 29jährige Schlosser Hermann Strauß unter dem Verdacht verhaftet, den Breslauer Universitätsprofessor Rosen sowie dessen Untermieter, den Schuhmacher Stod auf Anstiftung der Hausdame Neumann ermordet zu haben. Die Braut des Strauß wurde ebenfalls verhaftet. Die Hausdame Neumann ist am 31. Januar in Kiesenburg in Ostpreußen gleichfalls festgenommen worden.

Mit der Verhaftung der Mörder Rosens hat einer der schwierigsten Fälle, die die Annalen der Kriminalistik verzeichnen, seine Erledigung gefunden. Die eigenartigen Begünstigungen und nicht zuletzt die Verhinderung des Ermordeten selbst ließen eine Lösung des großen Rätsels fast unmöglich erscheinen. Acht Monate lang haben Polizei und Gericht die Untersuchungen geführt und neun Personen sind vor das Gericht gestellt worden. Das Untersuchungsverfahren mußte aber schließlich eingestellt werden und sämtliche Beschuldigte wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen werden. Der Tatbestand selbst war folgender: In der Nacht zum 9. August 1925 wurde der bekannte Universitätsprofessor Dr. Felix Rosen und sein Untermieter, der Schuhmacher August Stod ermordet. Der Schuhmacher war in seinem Zimmer im ersten Stock durch Hammerschläge getötet worden und der Professor in seinem Parterre gelegenen Schlafzimmer durch einen Schuß in den Kopf. Beide wurden augenscheinlich von der Wirtin im Schlaf überfallen. Während der Tat waren im Hause nur die Wirtin und die Tochter der Hausdame Neumann, Frau Standke, die als uneheliches Kind des Geheimrats galt und von ihm adoptiert worden war, war mit ihrem Ehemann wenige Stunden vor dem Verbrechen mit dem Zuge fortgefahren. Der Sohn des ermordeten Schuhmachers, der Briefträger Erich Stod, befand sich mit seiner Frau während der Tat außer dem Hause, und zwar nahm er an einem Tanzvergnügen seines Turnvereins teil. Er ist derjenige, der das Verbrechen als erster der Polizei mitteilte. Den ganzen Umständen nach mußte die Kriminalpolizei annehmen, daß die Mörder mit den Verhältnissen vertraut waren oder zumindestens mit den Bewohnern des Hauses in Verbindung standen.

Zunächst richtete sich der Verdacht gegen die Neumann. Sie wurde erst einige Stunden nach der Tat in einem Raninchenstall verhaftet ausgehoben und verwickelte sich bei ihrer Vernehmung in Widersprüche. Angeblich war sie in der Annahme, daß sich Einbrecher in dem Hause befänden, an einem Seile aus ihrem Schlafzimmer in den Garten entflohen und hatte sich kurzum im Raninchenstall verborgen. Während die Kriminalpolizei Haus und Hof durchsuchte, ist sie nicht zum Vorschein gekommen, in der angeblichen Annahme, daß sich die Verbrecher noch immer in dem Hause verborgen hielten. Die Neumann wurde am Tage nach der Tat verhaftet und zirka acht Monate lang in Untersuchungshaft gehalten. In der Voruntersuchung stellte sich heraus, daß zwischen ihr und dem Professor ein Verhältnis bestand. Von dem Professor selbst wurde festgestellt, daß er in sexueller Hinsicht in schwerer Weise pathologisch belastet gewesen ist und seine feischliche Reigung auch anderen Frauen gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. 14 Tage nach

dem Verbrechen wurde der Schwiegersohn der Neumann, der Architekt Standke und seine Frau, die Adoptivtochter des Professors, im Verdacht der Mitwisserschaft in das Untersuchungsverfahren eingeschaltet, jedoch aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. In der Zwischenzeit wurde in Breslau auf eine Anzeige hin ein alter Zuchthäusler verhaftet. Er legte im Norddegerweg der Kriminalpolizei das Geständnis ab, von der Neumann gegen eine hohe Belohnung gedungen worden zu sein, den Professor zu ermorden. Vor Gericht widerrief er das Geständnis und gab bei seiner Gegenüberstellung an, die Neumann überhaupt nicht zu kennen. Hunderte von Vernehmungen haben stattgefunden und viele Lokalkermesse fanden statt, ohne daß man der Angelegenheit auch nur einen Schritt näher kam.

Vor einigen Tagen nun wurde der frühere Handlungsgehilfe Willi Jahn, der wegen Raubüberfalles auf den Direktor des Finanzamtes in Reiche eine 15jährige Zuchthausstrafe im Böhmlauer Strafgefängnis verbüßt, zu einem Termin vor dem Landgericht Breslau transportiert, zu dem er als Zeuge geladen war. Auf dem Fluß des Landgerichts bemerkte ein Breslauer Kriminalbeamter, wie im Vorübergehen ein entlassener Strafgefangener zu Jahn logte, daß er den Räuber nicht zurecht kommen könne. Auf dem Rücktransport äußerte weiter Jahn zum Transporteur: „Wenn man heute aufgepaßt hätte, dann hätte man den Mörder von Professor Rosen gefaßt.“ Sowohl Jahn als auch der Entlassene wurden nun eingehend vernommen. Die vernehmung des Beamten suchten sie zunächst auf eine falsche Fährte zu lenken, verwickelten sich aber in immer größere Widersprüche und gaben schließlich die Tat zu. Nach den bisherigen Angaben der Verhafteten wolle die Neumann durch die Morde verhängen, daß der Professor das zu ihren Gunsten niederschriftliche Testament wieder abändere. Er hatte nämlich die Waise, die innerhalb der nächsten Tage zu tun, da er sich wieder mit seinem Bruder, dem Minister Rosen, vertragen und die Verwundten bedenken wollte. Nach dem bisherigen Stande der Vernehmung bei Jahn den Schaffer Stod erschlagen, den tödlichen Schuß auf den Professor gab Strauß ab. Als Anzahlung für die Morde haben die beiden 500 Mark erhalten. Die anderen, damals im Falle Rosen Verdächtigten, haben voraussichtlich nicht mit dem Verbrechen im Zusammenhang. Die Verbrecher hatten schon lange den Schlüssel zur Villa Rosen in der Hand und beschloßen den Totort schon einige Zeit vorher. Der Hausmeister Stod soll, wie Jahn angab, nicht vorzüglich getötet sein, sondern nur durch einen unglücklichen Zufall.

Zu dem Doppelmord in Sommerfeld wird mitgeteilt, daß die von dem Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weich, an den Tator entlassenen Berliner Beamten im Verein mit der Disziplin die ganze Nacht hindurch an der Aufklärung des Verbrechens gearbeitet haben. Die Nachforschungen verliefen insbesondere auch aufzuklären, ob die Verbrecher, wahrscheinlich vier Mann, vorher schon in Sommerfeld gewesen sind, um die Eisenbahn auszukundschaften. Auch die ganze Anbahnerei ist aufgeboten, um auf den Eisenbahnstationen der Umgebung Nachforschungen anzustellen. Die Stadt Sommerfeld und die Staatsanwaltschaft in Guben haben auf die Ergreifung der Täter je 1000 M. Belohnung ausgesetzt.

biert, daß es abgeschleppt werden mußte. Die Straßenbahn dagegen konnte mit dem Verlust einiger Fenstercheiben die Fahrt fortsetzen. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Städtisches Kraftwerk Spandau.

Vereinheitlichung der Berliner Elektrizitätsversorgung. Die Berliner städtischen Elektrizitätswerke A. G. bemüht sich seit ihrer Gründung um die Vereinheitlichung der Groß-Berliner Elektrizitätsversorgung. In diesem Bestreben ist soeben ein großer Fortschritt erzielt worden dadurch, daß die restlichen Geschäftsanteile des Städtischen und Kreiskraftwerks Spandau G. m. b. H. erworben werden konnten. Das erwähnte Werk liegt an der Havel und wird scheinlich den Bewohnern der Havelpromenade zwischen Spandau und Tegel durch seine architektonisch schöne Form und neuartigen Schornsteine aufgefallen sein. Bisher versorgte das Werk außer Teilen des jetzigen Bezirks Spandau vor allem mehrere Landbezirke der Provinz Brandenburg, die nunmehr in engerer Zeit vom Kreiskraftwerk abgetrennt und aus einem Kraftwerk der provinziellen Elektrizitätsversorgung (Märkisches Elektrizitätswerk L. G.) versorgt werden sollen. Sobald diese Umstellung erfolgt ist, wird das Kreiskraftwerk mit seiner Nennleistung von 26 000 Kilowatt in die Berliner Stromversorgung einbezogen werden, um sich alsdann voll an der Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins zu beteiligen.

Wie werde ich mich gut und billig? Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, versuchte die Geschäftsführerin der Werkfreunde, Genossin Ilse Müller-Destreich, dieser höchst aktuellen Frage näherzutreten. Sie erklärte sich in temperamentovoller Weise für eine geschworene Feindin aller Inventuraufkäufe, riet entschieden zum Kauf von Qualitätsstoffen (so man kann) und führte dann Erzeugnisse ihrer Werkstatt vor, die aber hinsichtlich der niedrigen Preisgestaltung dem eigentlichen Zweck ihres Vortrages — bei einem Durchschnittseinkommen von monatlich 130 Mark die Möglichkeit zum Kauf guter und billiger Kleidung zu liefern — nicht entsprechen. Die Preise der Kleider bewegten sich nämlich zwischen 40 und 60 Mark, Arbeitslöhnen kosten 22 Mark, wovon 7 Mark auf Arbeitslohn entfallen sollen. Schließlich gab sie dann zu, daß die Anschaffung solcher Kleider unerschwinglich sei und riet zur Selbstverfertigung in den Nähturen der Werkfreunde oder zur Verwendung der nicht ganz unbekanntem Ulstein-Schritte. Wer neue Anregung auf dem Gebiete ökonomischer Bekleidung erwartet hatte, dürfte kaum auf seine Kosten gekommen sein. Rein Mensch wird sich wohl gegen den Einkauf guten Materials sträuben, wenn nicht der Geldbeutel stets sein energisches Veto einlegt.

Eine außerordentliche Sitzung der Bezirksversammlung Panow findet am Mittwoch, 2. Februar 1927, abends 8 1/2 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses zu Berlin-Panow statt.

Mit dem Auto ins Morgenland. In dem Lichtbildtheater der Treptower Sternwarte läuft zurzeit ein Film, der eine Autofahrt, und zwar mit einem schweren Lastauto, durch den Balkan und Kleinasien bis nach Persien schildert. Was die Filmhersteller beobachtet und festgehalten haben, ist aller Beachtung wert, besonders auch deswegen, weil sie das orientalische Volkleben, die Menschen der Straße, gut gesehen haben. Interessant sind die Wiedergaben der Handwerker und ihrer Arbeit. Auch ist es gelungen, die Gebetszeremonie einer Frau aufzunehmen. Die Aufnahme eines ganzen Hochzeitsmahles ist durchaus originell und ethnologisch wertvoll. Ein wirklich guter Tierfilm, der zwei allerliebste freche Dackel vorführt, ist beste Arbeit.

Für die Kriegswunden der Stadt Berlin. Das Kommando der Schutzpolizei veranlaßt am Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im großen Konzertsaal der Städtischen Hochschule für Musik mit seinem Sinfonieorchester das dreißigköpfige dritte Musikfestkonzert. Der Reiz dieses Konzertes liegt für die Kriegswunden der Stadt Berlin bestimmt. Die Leitung des Orchesters liegt in den Händen des langjährigen Dirigenten des Philharmonischen Orchesters, Camillo Hilsebrandt. Professor Waldemar Wähle von der Städtischen Hochschule für Musik wird das Klavierkonzert Nr. 4 von L. van Beethoven spielen. Außerdem gelangen Werke von Mozart und Tschaikowski zur Aufführung.

Die „Opposition“ bei den Textilarbeitern.

Wiedertwahl der Ortsverwaltung.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte am Montag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung, die zu Beginn einen sehr starken Besuch aufwies. Gleich zu Anfang der Versammlung entstand ein von der „Opposition“ inspirierter Tumult, weil das ausgeschlossene Mitglied Emmerich nicht als Berichterstatter der „Roten Fahne“ zugelassen worden war. Ein Antrag auf Zulassung dieses Berichterstatters wurde mit unabweisbarer Mehrheit abgelehnt. Von den Antragstellern wurde jedoch das Abstimmungsresultat angezweifelt und nochmalige Abstimmung mit Auszählen der Stimmen verlangt. Als der Versammlungsvorstand dieses Verlangen ablehnte und in der Tagesordnung fortfuhr, da die Mehrheit für die Ablehnung des Antrages klar zu erkennen gewesen war, stimmte die „Opposition“ einen ohrenbetäubenden Lärm an, so daß man sich in eine außerordentliche Versammlung versetzt glaubte. Infolge des Getöse und Geschlages war von dem Bericht des Kassiers kein Wort zu vernehmen.

Nachdem diese disharmonische Dispositionen vorüber waren, gab der 1. Vorsitzende Grubel den Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Er betonte, daß das vergangene Jahr, wie wohl für die meisten Gewerkschaften, ein Jahr der Abwehr und der Erhaltung des Bestehenden gewesen sei. Trotz der schweren Krise, während der ständig mehr als 30 Proz. der Mitglieder arbeitslos oder kurzarbeitslos waren, konnten in fast allen Tarifgruppen die Angriffe der Unternehmer auf die 48-Stunden-Woche und die Löhne abgewehrt werden. Er ging dann näher auf die Bewegungen in den einzelnen Tarifgruppen ein, wo es in einigen Gruppen sogar möglich war, die Löhne aufzubessern. Den achtzehnwöchigen Streik der Stoffdrucker hob er besonders hervor, der infolge der restlosen Organisation der Streikenden trotz seiner Dauer mit einem vollen Erfolg beendet werden konnte. Es wurde nicht nur ein Mehrerwerb von 8 bis 10 M. pro Woche erreicht, sondern auch der lange erstrebte einheitliche Attortarif für Berlin. Nachdem Grubel noch näher auf die unisonäre Tätigkeit der Verwertung eingegangen war, schloß er seine Ausführungen in der Hoffnung, daß in diesem Jahre der Kampf um höhere Löhne und den Rüstungsentzug von größerem Erfolg begleitet sein möge. Die Diskussion war mehr eine Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und den zur Amsterdamer Richtung gehörenden Mitgliedern. Die Neuwahl der Ortsverwaltung erfolgte nach der von der Ortsverwaltung im Einvernehmen mit den Branchenleitungen ausgetheilten Vorschlagsliste, die mit Ausnahme einiger zurücktretender Mitglieder aus Funktionären der bisherigen Verwaltung bestand. Die „Opposition“ verlangte ebenfalls zur Mitarbeit heranzuziehen zu werden und machte einige Ergänzungsversuche. Die Abstimmung ergab jedoch mit erdrückender Mehrheit die Annahme der Vorschlagsliste und somit die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung mit den vorgeschlagenen Änderungen.

Nach der Bekanntgabe des Resultats war für die meisten Anhänger der „Opposition“ die praktische Gewerkschaftsarbeit erledigt, und sie verließen die Versammlung, trotzdem noch der Genosse Riemer einige für die Mitglieder wichtige Mitteilungen über den Stand der Lohnbewegungen zu machen hatte. Man konnte daraus ersehen, daß die „Opposition“, wie man so sagt, das letzte Pferd aus dem Stall geholt hatte, um das Rennen um einige Pfenne in der Ortsverwaltung zu gewinnen. Trotz aller Anstrengungen hatten sie keinen Erfolg.

Der oppositionelle Vormarsch. Wie er in Oberschlesien aussieht.

„Nicht reformistischer, sondern oppositioneller Vormarsch“ schrieb heute die „Rote Fahne“ und müht sich frumpfhaft um den Nachweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Wir werden mit ihr nicht darüber streiten, sondern fortfahren zu zeigen, wie der oppositionelle kommunistische Vormarsch in den Gewerkschaften aussieht. Soeben wird uns aus Hindenburg berichtet: In der kommunistischen Hochburg Hindenburg sind die Kommunisten bei der Ortsverwaltungswahl des

Deutschen Metallarbeiterverbandes zum erstenmal herausgewählt worden. Die Amsterdamer Liste erhielt 151 Stimmen, die der Kommunisten 50 Stimmen. Die Niederlage ist um so überraschender, als die Kommunisten mit aller Bestimmtheit auf einen Erfolg gerechnet hatten, den sie anfänglich der kommenden Stadterneuerungswahlen auszuweichen wollten. In der Dr. sverwaltungs Wahl in Beuthen und Malapane sind sie ebenfalls glatt durchgefallen. Wer die oberösterreichischen Verhältnisse kennt, dem wird diese Niederlage nicht so überraschend kommen, denn dieser gingen die Niederlagen bei den Betriebsräte wahlen voraus. Von 109 Betriebsräten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Großindustrie gehören nur fünf der KPD. an."

Kur weiter so auf dem „oppositionellen Vormarsch“

**Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.**

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe teilt mit: Die Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe wurden am 29. bis 31. Januar fortgesetzt. Die Parteien kamen sich in einigen Punkten näher. Die Verhandlungen gestalteten sich auch diesmal wieder schwierig. Immerhin ist auf beiden Seiten der Wille vorhanden, die noch vorhandenen Gegensätze auszugleichen und, wenn irgend möglich, zu einem Reichstarifvertrag zu kommen. Zu diesem Zweck werden die Verhandlungen Ende Februar fortgesetzt werden.

**Bei den Berliner Böttchern.**

**Die Gleichgültigkeit hilft der „Opposition“ in den Sattel.**

Die Böttcher hatten am Sonntag vormittag im Rosenthaler Hof ihre ordentliche Generalversammlung. Gleich zu Beginn der Versammlung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den „Oppositionellen“ und dem Versammlungsleiter, dem ersten Vorsitzenden der Zahlstelle Genossen Schmidt, der die Entfernung des vom Hauptvorstand ausgeschlossenen Mitgliedes Martens forderte. Als es zu einer endlosen Geschäftsordnungsdebatte kommen wollte, vertagte er auf kurze Zeit die Versammlung, in welcher Zeit es Martens vorschlug, den Saal zu verlassen. Sodann gab der Bevollmächtigte Genosse Klöpfer den Kassen- und Geschäftsbericht für das vierte Quartal 1926 wie für das ganze Geschäftsjahr. Er konnte über eine gesunde Entwicklung der Kassenverhältnisse sowie über eine erfreuliche Stabilität in der Mitgliederbewegung berichten. Dies ist um so beachtlicher, als die Arbeitslosigkeit im Böttchergewerbe im Vorjahre einen noch nie gekannten Umfang angenommen hatte. Von 604 Mitgliedern waren während des ganzen Jahres 397 Mitglieder auf dem Arbeitsnachweis eingetragen, von denen nur ein verhältnismäßig geringer Teil vermittelt werden konnte. Am Schluss des Jahres waren noch 100 erwerbslose Mitglieder eingetragen. Dem Geschäftsbericht schloß sich eine ausgedehnte Diskussion an, in der von den Rednern der „Opposition“ auf den Bericht gar nicht eingegangen wurde. Deito ausgiebiger wurde jedoch der Fall Martens behandelt, dessen Ausschluß man auf seine politische Bestimmung zurückführen wollte. Der Gauleiter Weimann trat diesen Ausführungen ganz klar

entgegen, indem er auf das organisationschädigende und unkollegiale Verhalten Martens hinwies, was den Hauptvorstand in Verbindung mit der Liste, die er selbstständigiger Unternehmer ist, zum Ausschluß bewogen hat. Auf den Antrag Weimanns hin wurde schließlich eine lebendige Kommission gewählt, die den Fall noch einmal gründlich untersuchen und der nächsten Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Untersuchung Bericht erstatten soll. Der Ausschluß kann sich weiter an den Ausschluß des Verbandes wenden, der die Angelegenheit ebenfalls überprüfen wird.

Es erfolgte dann die Neuwahl der Ortsverwaltung. An Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden Schmidt wurde mit 64 gegen 73 Stimmen bei 4 ungültigen Stimmen der bisherige Schriftführer Reifegerich (parteilos) gewählt, an dessen Stelle das Mitglied Jenzig (KPD.) trat. Als Revisoren wurden zwei KPD.-Leute und ein SPD.-Mitglied gewählt. Das „Vertrauen“ der neuen Ortsverwaltung ist gerade nicht sehr erdrückend, wenn man bedenkt, daß von rund 600 Mitgliedern nur 161 anwesend waren.

Der Bevollmächtigte Klöpfer berichtete dann noch über die Lohnverhandlungen mit der „Freien Vereinigung der Arbeitgeber im Böttchergewerbe Berlin“, die sich zu einer Lohn-erhöhung von 5 Pf. pro Stunde bereit erklärt unter der Bedingung, daß das neue Lohnabkommen bis Ende September, also auf neun Monate abgeschlossen werden soll. Die Versammlung lehnte eine so lange Laufzeit einstimmig ab und beauftragte die Organisation, ein Abkommen auf höchstens drei Monate abzuschließen.

**Versammlung der Kupferschmiede.**

In der Monatsversammlung der Ortsverwaltung am Donnerstag wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Döring geehrt, worauf Genosse Döring um 11.30 Uhr einen Vortrag hielt über „Die Sozialpolitik im neuen Deutschland“. Döring schilderte den Kampf der Gewerkschaften um den weiteren Ausbau der Sozialpolitik. Er wies hin auf die ungeheuren Auswirkungen der Deflationsperiode, auf das Bestreben der Unternehmer, den Rationalisierungsprozess auf dem Rücken der Arbeiter auszufragen. Aufgabe der Gewerkschaften mußte es sein, das große Heer der Arbeitslosen vor dem Verfall in namenloses Elend zu bewahren. Daher der Kampf um die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge und die Bemühungen der Gewerkschaften, die Fürsorge für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Mit der Aufforderung, die Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen noch besser zu schließen, um einen größeren Nachdruck bei dem Kampf um die Verbesserung in der Sozialpolitik zu erreichen, schloß der Redner seine mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Kollege Fabian wurde als Bevollmächtigter einstimmig wiedergewählt. Angeregt wurde, den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, an einem Schweißkursus teilzunehmen. Die Ortsverwaltung wird demnächst Vorschläge hierzu machen.

**Kündigung der Tarife für die Saarindustrie.**

Saarbrücken, 1. Febr. (WZB.) Die im Arbeitgeberverband der Saarindustrie zusammengefassten Arbeitgebergruppen haben gestern nachmittag den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen brieflich mitgeteilt, daß sie die Lohn- und Gehaltsstarife zum 1. März kün-

bigen. Begründet wird die Kündigung mit der wärteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Saarindustrie in den letzten drei Monaten. Infolgedessen werde die Senkung aller preisgebenden Faktoren zur Notwendigkeit. Die Kündigung gilt für den gesamten Bereich des Arbeitgeberverbandes für die Eisenindustrie, die weiterverarbeitende Industrie, die Industrie der Steine und Erden und die Glasindustrie.

**Kündigungen im oberösterreichischen Bergbau.**

Gleiwitz, 1. Februar. (WZB.) Die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände hat das Arbeitszeitabkommen für Ende Februar gekündigt. Der Arbeitgeberverband hat darauf den Kontaktervertrag für den oberösterreichischen Steinkohlen- und Erzbergbau zu dem gleichen Zeitpunkt gekündigt.

**Der IOB. und die Berufssekretariate.**

(IOB.) Auf der letzten Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretariaten wurde zur Festlegung der gegenseitigen organisatorischen Beziehungen eine Kommission eingesetzt, der von den Berufssekretären Jig (Metallarbeiter), Raier (ZTL), Smit (Angestellte) und Hodges (Bergarbeiter) angehören. Am 15. Januar hielt diese Kommission mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Sitzung ab, an der Jouhaux, Mertens und die drei Sekretäre Dudgeon, Sassenbach und Brown vom Internationalen Gewerkschaftsbund und die Berufssekretäre Jig, Raier und Smit teilnahmen. Die Kommission arbeitete einige Vorschläge aus, die die auf dem Wiener Kongreß im Jahre 1924 in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüsse näher umschreiben. Diese Vorschläge sollen auf der unmittelbar vor dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris anberaumten Konferenz der internationalen Berufssekretariate behandelt werden.

**Die amerikanischen Bergarbeiter gegen die Kommunisten**

London, 31. Januar. (WZB.) „Times“ meldet aus New York, daß die Delegierten des amerikanischen Bergarbeiterverbandes auf ihrem Kongreß in Indianapolis sich nahezu einstimmig für eine Abänderung ihrer Satzungen erklärten, die auf Ausschluß aller Kommunisten aus ihren Organisationen abzielt. Von 1500 Delegierten stimmten noch nicht 15 gegen die Entschließung.

Gesperrte Gastwirtschaftsbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtschaftsbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Max und Moritz, Dramenstr. 163; Café Komet, Inhaber Hertmann, Warthauer Str. 33; Krauses Bierhaus, Bernerstraße 5, am Schloßchen Tor; Triumph-Palast, Inhaber Kauf, Dramenstr. 53/54; Germania-Palast, Inhaber Hofbauer, Belle-Alliance-Str. 37; Pfauenküche, Inhaber Otto, Belle-Alliance-Str. 22.

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Wirtschaftl.: G. Klingel; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Gahr; Kultur: Dr. John Schlemmer; Polizei und Gendarmen: Fr. Kersch; Saarländ.: Fr. Gahr; Justiz: Fr. Gahr; Verlag: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin; Verlagsanstalt: Carl Zuckerkandl u. Co., Berlin; Verlagsanstalt: Carl Zuckerkandl u. Co., Berlin; Verlagsanstalt: Carl Zuckerkandl u. Co., Berlin.

**AUSSTEUER-TAGE**

Große Warenmengen bekannt bester Qualitäten in **Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche** bringen wir zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf.

**Bettwäsche**

Bett-Garnituren Renforcé 5,90  
Deckbett und 2 Kissen

Bett-Garnituren Lino 7,90  
Deckbett und 2 Kissen

Bett-Garnituren Di-mit 11,75  
Deckbett und 2 Kissen

Bett-Laken volle Breite und Länge, Haantuch od. Dowlar 2,20

**Wäschestoffe**

Hemdentuch starkfädig 36 Pf.  
Renforcé feinfädige Qualitäten 38 Pf.  
Makobatist für elegante Wäsche 85 Pf.  
Lino 130 cm br., 50 cm br. 53 Pf.  
Dimit 130 cm br., 80 cm br. 88 Pf.  
Lakenstoffe Haantuch oder Dowlar, ca. 140 u. 120 cm breit 1,25  
Nessel starkfädig, ungebleicht ca. 70 und 80 cm breit 36 Pf.

**Haus-Wäsche**

Küch.-Handtücher Gerüst, 2 Dreieck, m. Kante, ges. u. geb. 48, 36 28 Pf.  
Gerstenk.-Handtücher 88 Pf.  
Stub.-Handtücher Damast, gute Qual., ges. u. geb. 1,25, 1,10 85 Pf.  
Rolltücher gute Qualität, gestreift 1,10  
Wischtücher kariert, gute Qualitäten 22 Pf.

**Gardinen**

Künstler-Gardinen Steifig 2,25  
Künstler-Gardinen Steifig 2,50  
Halbstores Etamine mit Einsteisen u. Velant 1,55, 1,25 88 Pf.  
Bettdecken gewebter Tüll, moderner Muster 6,50  
Etaminestoffe kariert, 1,50 cm breit 68 Pf.

**Decken**

Stappdecken Satin, doppelseitig, gute Fällung 13,75  
Diwanddecken Phantasie-muster, gute Qualitäten 9,75  
Tischdecken moderne Master, gute Qualitäten 6,50  
Frottier-Handtücher 75 Pf.  
Frott-Laken 100/150 400/100 60/100 3,90 2,25 1,75

**Kleiderstoffe**

Popeline reine Wolle, viele Farben, doppelseitig, Mtr. 2,50 2,25  
Rips-Popeline 130 cm breit reine Wolle 4,20  
Pullover-Stoffe m. dornen Muster 68 Pf.  
Eolienne Wolle mit Seide 3,90  
Crêpe de Chine reine Seide, viele Farben, 100 cm breit Mtr. 4,65

**Tischwäsche**

Tischtücher Jacquard, gebleicht 120/160 3,90, 180/180 2,95  
Tischtücher Halbleinen, Jacquard, 120/160 4,75, 180/180 3,90  
Servietten Jacquard, gebleicht 1,10 88 Pf.  
Künstlerdecken weißer Grund, handgeprüft 1,15 95 Pf.

**Damenwäsche**

Taghemden aus gutem Hemdentuch, Trägerform m. Spitze 1,10 95 75 Pf.  
Taghemden aus fein. Wäsche-stoffen mit eleg. Stickereien 2,10 1,55 1,45  
Hemdhosens Renforcé, mit Kloppelepitze oder Stickerei 1,95  
Prinzebrücke mit breiter Stickerei, gebleicht 2,75  
Garnituren Taghemd und Bescheid mit eleganten Stickerei 2,90  
Nachthemden aus gutem Wäsche-stoff eleganten Ausführung 2,90  
Herren-Nachthemden mit Krag od. 2-fach u. farb. Dos. 3,45

**M. Grünberg Nachf. Schöneberg Hauptstraße 17**

**Weiße Wäsche**

Enorm billige Preise! Berlin 31. Jan. Enorm billige Preise!

**Bettwäsche**

Bettgarnitur 1 Bezug 2 Kissen prima Renforcé 4,90  
Bettgarnitur 1 Bett 68, 1 Kissen, 1 Bezug, 2 Kissen, 6,50  
Laken 4-querte Qualität, 140/200 1,50  
Laken a. Dowlar od. Haantuch, 4-er halb, Qualität 2,50  
Bezüge gute Qualität, 120/200 2,75  
Riffen gestreift 1,20, 0,80 0,75  
Bezüge ge. Samt, 13, 20 0,80, 0,50 4,50  
Riffen gest. ab 1,20, 1,50 1,20  
Wandlaken ge. Qualität, 3,5, 2,50 1,95  
Schlaffdecken 3,00, 1,50 0,90  
Zettele ge. gute Qualität, für 2 Personen 5,50  
Zettele gest. für 2 Personen 2,50  
Zettele gest. für 2 Personen 1,75

**Tischwäsche**

Tischtuch gute Damast-Qualität, für 6 Personen 2,50  
Tischtuch 120/160, ge. Qualität 2,95  
Tischtuch 120/160, ge. Qualität 5,50  
Servietten gestreift 0,55  
Kaffeegedek mit 6 Servietten 2,75

**Damenwäsche**

Taghemd m. Stickerei u. Wäsche 0,75  
Nachthemd reichl. best. gute Qual. 1,95  
Garnitur Hemd u. Bescheid mit gestr. Stickerei 3,95  
Hemdhemd reichl. gestreift 1,45  
Brinzebrücke eleg. Ausführung 2,50

**Hauswäsche**

Handtücher für Küche od. Bad 0,25  
Handtücher prima Qualität 0,75  
Wischtücher ge. Qualität 0,95

Beschäftigung ohne Kaufzwang erb. / Neel: Fachmann Bedienung

**Bettwäsche-Spezialhaus S. Kupferberg**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 43  
Steglitz, Schloßstr. 102

**Bettledern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Pat. r. Gebäude)



**DER KLEINE BROCKHAUS**  
Preis M. 25,-  
Auch in Ratenschluss  
Zu beziehen durch  
**J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.**  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2  
(Abteilung Sortiment)  
und sämtl. Vorwärts-Ausbesteller

**Asthma**  
Bronchialkatarrh, Lungenkatarrh, Keuchhusten, Grippe und deren Folgeerscheinung, sofortige Linderung u. baldige Dauerheilung im  
**Asthma-Ambulatorium**  
Berlin-Neukö 1, Bürknerstr. 17, p. Nähe Kottbuser Damm  
Schon nach wenigen Tagen ungestörte Nachtruhe, Modifikation-Vernehlung n. neuem System. Geöffnet von 4-7 Uhr täglich. Streng indiv. fachärztl. Beratung. Schriftl. sprachen u. Neuanname v. Patienten. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend v. 6-7. Mäßige Preise!

**Domino-Masken**  
von 10 Pf. an  
Mützen 20 Pf. an  
Alle Karneval- und Festerartikel sehr billig  
**Markgrafenstraße 84** an der Lindenstraße

**Polstermöbel**  
in allen Preislagen, ab Fabrik, bei Teilzahlung kein Aufschlag.  
**Sommer, Schöneberg, Hauptstr. 151**  
Goltzstr. 44 Vorzeiger dieses erhält 5 Prozent Rabatt.  
**Metallbetten**  
Stahlmatten, Kinderbetten, Stahl u. Holz, Kat. 680 r. Eisenmöbelfabrik Suhl, Thür.

**Bei Grippegefahr Formamin**  
Tabletten

**WEISSE WOCHE**  
**Arnold & Co. G. m. b. H.**  
Kottbuser Damm 88-89, Ecke Bürknerstr.  
II. Verkaufsstelle: „Tomo“ G. m. b. H., Frankfurter Allee 50 Ecke Niederbarnalmerstraße

Tüllgarnituren 3-teilig 3,95, 3,95 2,65	Etamingarnituren dreiteilig 6,50 4,95 2,50
Tüllhalbstores 4,30, 2,95 1,75	Etaminhalbstores Fries u. Spitze Hand 9,00 7,25 5,50
Tüllbettdecken einbettig 6,50, 4,25 2,95	Etaminbettdecken einbettig 4,25, 1,45 1,98
Tüllbettdecken zweibettig 10,50, 8,25 5,95	Etaminbettdecken zweibettig 6,75, 6,85 5,35
Tüll-Vitragen 2 x Band, Meter 78 Pf., 55 Pf., 33 Pf. 88 Pf.	Etamine 150 cm breit, Meter 90 Pf., 65 Pf., 47 Pf. 78 Pf.
Gardinen Schalbreite, Meter 1,10, 85 Pf., 78 Pf.	Gardinen-Mull 110 cm breit Meter 78 Pf.
Spannstoffe 125-150 breit 2,35, 1,45, 90 Pf.	Waffelbettdecken weiß 6,50, 4,95, 2,85